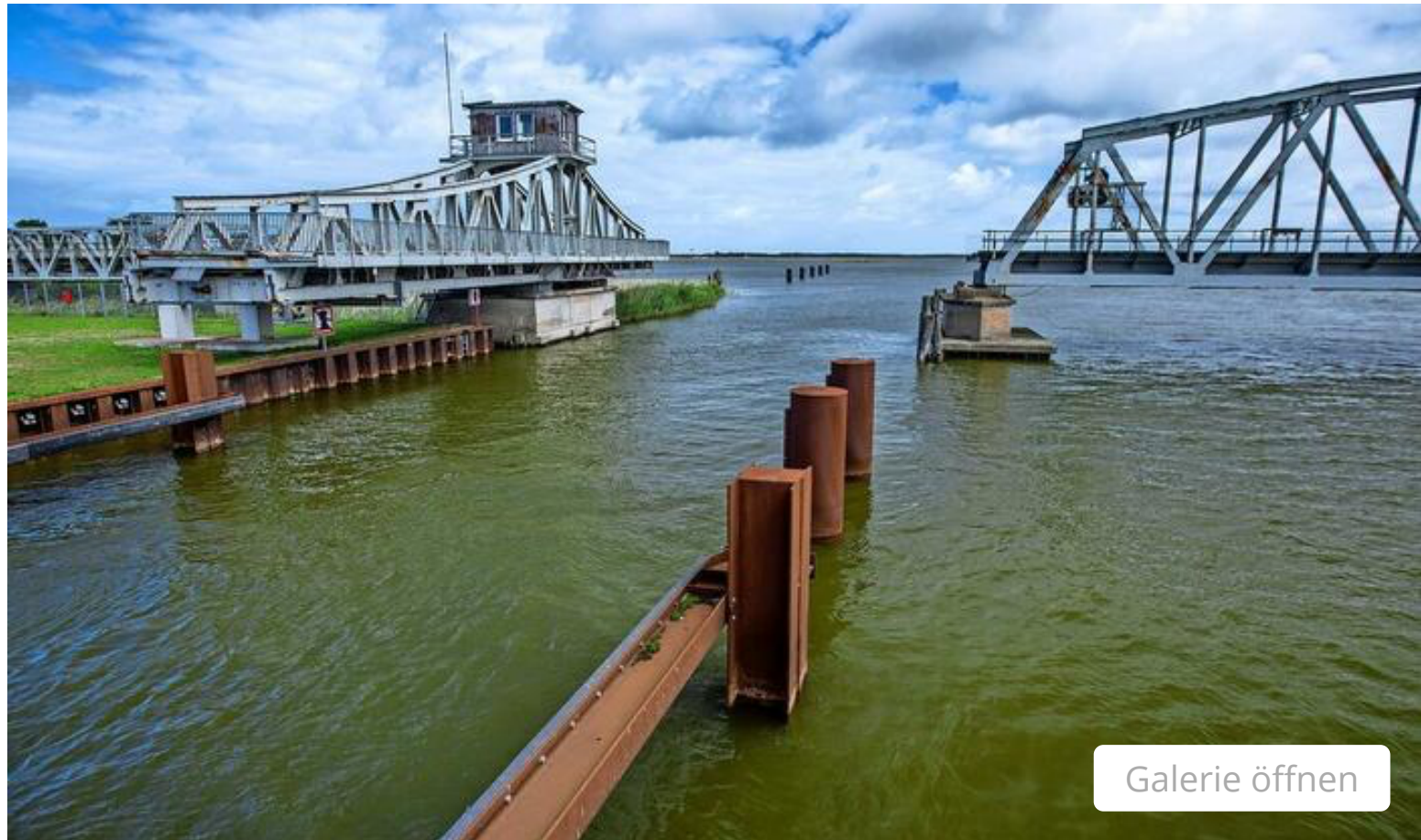


Bürgerinitiative beklagt Stillstand bei der Darßbahn

Von Anika Wenning

Mitglieder von „Keine Bahn ist keine Lösung“ hören von den Verantwortlichen stets dasselbe: „Die Planungen laufen.“



[Galerie öffnen](#)

Die Meiningenbrücke zwischen der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und dem Festland wurde 1910 als Eisenbahnbrücke erbaut und nach dem Zweiten Weltkrieg als Straßenbrücke genutzt. Nach der Errichtung einer parallelen Behelfsbrücke wird das historische Bauwerk – hier im geöffneten Zustand – derzeit nicht genutzt. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern plant den Wiederaufbau der Darßbahn. foto: Jens Büttner/dpa

Barth. Vor mehr als drei Jahren, im Februar 2020, hatte die Landesregierung den Beschluss zur Wiedererrichtung der Darßbahnstrecke zwischen Barth und Prerow gefasst. Am 18. August 2020 verkündete Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) die Entscheidung des Landes zur Finanzierung des Projektes. Die Planungen laufen. Für die Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Keine Bahn ist keine Lösung“ dauert das viel zu lange.

„Wir wollen endlich mal abrechenbare Resultate sehen, zum Beispiel den Abschluss des Planfeststellungsbeschlusses des Abschnitts von der Meiningenbrücke bis Zingst. Der sollte schon im Frühjahr 2023 fertig sein“, sagt Christa Schibilski von der Bürgerinitiative. „Gefühlt herrscht Stillstand beim Großprojekt Darßbahn. So empfinden wir das zumindest. Wird es nicht endlich mal Zeit, die Bürokratie auf das Nötigste zu minimieren? Wir leben im Zeitalter

der modernen Technik, sprechen von künstlicher Intelligenz und vor allem aber von Klimaschutz. Inwieweit greift hier das Planbeschleunigungsgesetz?“

Im Sommer 2023 habe es ein Gespräch der BI mit Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) gegeben. Im Anschluss folgte ein Brief der Bürgerinitiative an den Minister, in dem sie nach dem Ergebnis der letzten Wirtschaftlichkeitsprüfung, die der Bund gefordert hatte, fragte. „Wir warten bis heute auf die Antwort, obwohl das Ergebnis im September 2023 vorliegen sollte“, erklärt Schibilski.

Und auch die Antwort auf die Nachfrage der OZ nach dem neuesten Stand zum Thema Darßbahn blieb vage. So soll erst Ende des Jahres das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung des Bundes vorliegen. Vorher könne man noch nichts Neues zum Stand der Planungen verkünden, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium.

Christa Schibilski und ihre Mitstreiter wollen das nicht so stehen lassen. „Wir sind bereit, wieder mehr in die Öffentlichkeit zu treten, aber ist das wirklich von der Politik so gewollt?“ Schibilski erinnert an die zahlreichen Mahn- und Erinnerungswachen am Barther Bahnhof, die erste fand im April 2017 statt.

„Anfangs war von einem Baubeginn 2022 die Rede, unsere letzte Info ist Ende der 2020er-Jahre. Wann ist denn nun tatsächlich der Termin für den ersten Spatenstich?“, fragt sich Christa Schibilski.

Die Bürgerinitiative engagiert sich bereits seit rund sieben Jahren für die Reaktivierung der Darßbahn. Im Februar 2016 sammelten die beiden Bartherinnen Uta Martens und Christa Schibilski unabhängig voneinander Unterschriften für den Erhalt der Bahnanbindung Barth-Velgast-Stralsund und schlossen sich zusammen.

„Unser Motto war stets ‚Gemeinsam statt einsam‘“, sagt Christa Schibilski. „Und das ist auch heute noch so.“ Am 9. November dieses Jahres habe sich die Bürgerinitiative „Keine Bahn ist keine Lösung“ deshalb auch zu einem Informationsaustausch mit Vertretern des Aktionsbündnisses „Karniner Brücke“ getroffen. „Wir machen weiter und geben nicht auf“, sagt die Bartherin, die sich freut, dass sie von vielen Menschen Unterstützung bekommt. „Leider sind einige unserer Unterstützer verstorben, stellvertretend möchte ich Kerstin Klein nennen. Wir werden euer Vermächtnis fortsetzen“, sagt Christa Schibilski. „Um auch weiterhin am Ball zu bleiben, suchen wir noch Unterstützer.“ Interessenten können sich unter <https://keinebahnistkeineloesung.beepworld.de/> melden.

Bei der Reaktivierung der Darßbahn handelt es sich um eines der teuersten Infrastrukturprojekte im Nordosten. Es wurde von der Landesregierung zu einem von drei Großvorhaben in MV deklariert. Die Gesamtkosten werden mit rund 115 Millionen Euro veranschlagt.